

# Waffenausfuhrverbot oder nicht?

**Abstimmung vom 29. November** Unsere Leser kreuzen die Klagen – schriftlich

## Wenn die Argumente ausgehen

Nicht, dass es mich wundern würde, dass es selbst einem SVP-Politiker langsam dämmert, dass die immer gleiche Arbeitsplatz-Panikmache – auch wenn er nicht auf die Wiederholung verzichten mag – je länger, je weniger zieht. Aber dass Walter Gurtner deshalb mit der Behauptung «Für mich ist es offensichtlich, dass die GSoA damit einen erneuten Versuch zur schleichenden Abschaffung der Armee unternimmt» ein letztes (wie falsches) Kampfangument aus der Schublade holt, gibt mir doch zu denken. Wir Befürworter sind nicht fremdgesteuert. Es mag jeder seine eigenen Beweggründe haben. Die Abschaffung der Armee gehört wahrscheinlich bei den wenigsten – und bei mir garantiert nicht – dazu. Vielmehr wägen wir bei der Entscheidungsfindung alle Argumente ab. Und für viele kommt das Argument der 2000, 5000 oder gar 10000 Arbeitsplätze einfach nicht gegen die Auslöschung unzähliger wertvoller Menschenleben an.

PATRICK EYHOLZER

## Existenzielle Grundfragen

Die Initiative gefährdet Tausende von Arbeitsplätzen, stellt unsere Sicherheitspolitik und somit die Unabhängigkeit, Freiheit und Sicherheit unseres Landes und seiner Bevölkerung infrage. Die Initiative fokussiert sich in ihrer Argumentation auf einen äusserst emotionalen Bereich und vermittelt ein nicht der Realität entsprechendes Bild innerer Ordnung, Ruhe und Sicherheit. In Tat und Wahrheit greifen die Forderungen und Ansprüche dieser Initiative tief in existenzielle Grundlagen wie die Schutz- und Sicherheitsbedürfnisse unserer zivilen Bevölkerung sowie des internationalen Handels ein. Der weltweite Tausch und Handel war und ist seit jeher wichtiger Faktor für die politische und kulturelle Entwicklung eines Landes. Für die Schweiz als kleines Binnenland, ohne jegliche Rohstoffe und mit äusserst kleinen Absatzmärkten, ist daher Verständlicherweise die Sicherstellung eines der äl-

sten Systeme, des Welthandels, ein absolutes Muss. Auch die Rüstungsindustrie ist den vielfältigen und differenzierten Gesetzen von Handel und Diplomatie unterworfen. Genau diese Form des reglementierten Handels ermöglicht der Schweiz einen enormen internationalen Technologie- und Wissenstransfer, von welchem letztlich die Existenz und Sicherheit verschiedenster Zweige von Wirtschaft, Ökologie, Bildung, Forschung und Politik abhängen. Die strenge schweizerische Gesetzgebung bei den Rüstungsexporten ist mehr als umfassend und entsprechen einem hohen ethischen Standard. Diese Auflagen werden, wenn sie oft auch einschränken, von unserer Exportindustrie aktiv mitgetragen.

PETER IMHOLZ, SOLOTHURN

## Zwei Gesichter der GSoA-Initiative

Auf der einen Seite will diese Initiative zur Verhinderung von Kriegen in der ganzen Welt beitragen. Wer könnte schon gegen diesen Zweck sein? Und viele Leute glauben auch an diese Botschaft. Auf der anderen Seite verlieren wir aber bei einem Verbot der Kriegsmaterialausfuhr Arbeitsplätze und technisches Wissen. Aufgrund dieser Sachlage frage ich mich, ob es den Initianten nicht vielmehr darum geht, die Folgen der Wirtschaftskrise nicht noch zu verschärfen. Damit wollen sie offensichtlich erreichen, dass unsere demokratischen Einrichtungen geschwächt werden und unser Land offener wird für eine üble Staatswirtschaft, die in Osteuropa seinerzeit völlig versagt hat. Darauf gibt es nur eine Antwort: ein überzeugendes Nein.

EDUARD GERBER-ZEEH, HALTEN

## Linke Arbeitsplatzvernichter

Einmal mehr ist die SP auf die GSoA hereingefallen: Der SP geht es bei der Unterstützung des Waffenexportverbotes um die Wahrung von Moral, der GSoA um die ratenweise Abschaffung der Armee. Vordergründig soll das Verbot jeglicher Waffenausfuhr zwar als Friedensbeitrag durchgesetzt werden. Effektiv aber

ist unsere Waffenausfuhr von sehr bescheidenem Umfang, weil sie bereits heute sehr restriktiv geregelt ist. Sie geht zudem vor allem an Nato-Länder und Neutrale, deren Rüstungsstand auch für unser Land ein wichtiger Sicherheitsfaktor ist. Ein Land mit einer eigenen Armee braucht ein Minimum an inländischer Rüstungskapazität, um über das nötige Know-how und eine Basis an eigenen Rüstungsmitteln verfügen zu können. Viele Teile der benötigten Waffensysteme und Geräte beziehen wir aber heute schon aus dem Ausland. Handeln denn diese Lieferanten auch alle moralisch verwerflich? Den Initianten, der GSoA, geht es ganz offensichtlich um die schrittweise Abschaffung der Armee. Dass die SP sie dabei unterstützt und den Abbau von mindestens 10000 Arbeitsplätzen und Hunderten von Lehrstellen in Kauf nimmt, ist für diese angebliche Arbeitnehmerpartei mehr als verwunderlich.

KURT FLURI, SOLOTHURN

## Besser für aufbauende Projekte

Jeder Handel und vor allem die Herstellung von Kriegsmaterial ist zu verbieten. Waffen dienen der Vernichtung, bis sie schliesslich selber vernichtet werden. Warum setzen wir unsere Ressourcen und das Geld nicht für aufbauende Projekte ein? Warum fördern wir mit unseren Kräften nicht die Wasserversorgung in ärmeren Ländern? Damit wäre besser gedient als mit Waffen-Export.

ULRICH SENN, LANGENTHAL

## Unglaublich: Kriegsmaterial-Exporte

Dass die Behörden überhaupt eine solche Abstimmung zulassen. Solche Initiativen gehören in den Abfall. Zerstörung Hunderter Arbeitsplätze und x-Millionen Steuerverluste, was die Initianten nicht im Geringsten betrifft, denn das sind sicher alles Menschen mit sicheren Stellen. Sicher haben sie von Arbeitern, um zu überleben, nicht die geringste Ahnung. Ein Nein in die Urne.

T. MACCAFERRI, SOLOTHURN, EDUARD OBI, BIBERIST

# Die Anti-Minarett-Initiative

## Replik auf Leserbrief von Christian Müller vom 9. Nov.

Ich bin auch entsetzt. Über solche Akademiker wie Sie. Sie halten uns einstige Verbrechen der Kolonialisten vor. Genau so wie die fundamentalistischen Muslime uns verantwortlich machen für die Kreuzzüge. In welchem Jahrhundert leben Sie? Natürlich wollten christliche Kirchtürme die Einwohner der eroberten Gebiete auch mental unter Kontrolle bringen. Ja, was glauben Sie denn, was die Minarette sollen? Denken promovierter Historiker und weit gereiste Journalisten so unlogisch? Die Minarett-Gegner sind nicht primär gegen die Muslime. Sie wollen ein Zeichen setzen gegen die Fundamentalisten. Und das ist meines Erachtens bitter nötig. Die Unterwanderung unseres Rechtsstaates ist weit fortgeschritten. Wir sind ja schon so weit, dass in einem Staat wie Italien, wo seit fast 2000 Jahren eine zutiefst christliche Tradition gelebt wird, das Kreuzifix aus den staatlichen Schulzimmern entfernt werden soll. Und wer hat das eingeklagt?

Das Kopftuch und die Burka sind Symbole tiefster Verachtung weiblicher Freiheit. Ich würde trotzdem in einem muslimischen Land aus Respekt dem Gastland gegenüber die Burka tragen, wenn dies verlangt würde. Wer in unser Land kommt und von unserem toleranten, sozialen und grosszügigen System profitieren will, soll sich Gesetz und gesellschaftlichen Regeln unterstellen. Die Scharia hat bei uns nichts verloren. Annullierung der Ehe wegen angeblich fehlender Jungfräulichkeit, Auspeitschung, Steinigung, Hände abhacken, das passt nicht ins 21. Jahrhundert von Westeuropa. Die christliche Kirche mit ih-

rer Inquisition hat vor Jahrhunderten genug Elend über Europa gebracht. Wir brauchen Ähnliches nicht wieder. Unser Gesetz erlaubt allen, ihre Religion unbehelligt zu leben. Das ist mehr Freiheit als in allen islamischen Ländern. Minarette verbieten löst zwar keine Probleme. Das Toleranz-Gesäusel promovierter Historiker und anderer Eliten löst sie aber auch nicht. Ach übrigens: Ich gehöre nicht zur SVP und komme auch nicht aus der rechtsextremen Ecke.

SUSANNA KAISER, LEUZIGEN

## Es braucht sie nicht

Die Polemik um die Minarett-Plakate ist doch absurd. Ich frage mich, ob die Gegner der Initiative damit bewusst vom eigentlichen Thema ablenken wollen. Wir müssen uns doch der Tatsache stellen, dass wir mit der jetzigen Kusch-Politik immer mehr solche verschleierte Frauen sehen werden. Dass auch linke Kreise diese Initiative lauthals ablehnen, ist für mich rätselhaft, nachdem sie nach jahrelangem Kampf um Gleichberechtigung die Gleichstellung zwischen Mann und Frau erreicht haben, wollen sie diese im Namen der Toleranz und des Multikulti gleich wieder opfern.

Wir sehen doch die Mächenschaften dieser Kultur und Religion am Beispiel des Libyschen Staatspräsidenten Gaddafi. Die Minarette sind eben nicht bloss ein harmloser Turm, sondern haben eine Bedeutung. Es geht um einen Machtanspruch. Mit der islamischen Religion selber haben diese nichts zu tun. Die Religionsfreiheit bleibt in der Schweiz gewahrt. Deshalb geht es in der ganzen Debatte nicht um eine Religions-, sondern um eine reine Baufrage.

BEAT KÜNZLI, LAUPERSDORF

# Die Qual der Wahl bei den Ständeräten: Roland Fürst, Roberto Zanetti oder Roland F. Borer?

## Ein Chrapfer nach Bern!

Drei Kandidaten sollen als Vertreter der Wirtschaft und als Vertreter der «Büezer» geeignet sein. Das sind grosse Worte, deren Wahrheitsgehalt sich nicht überprüfen lässt. Eines lässt sich aber messen: der Leistungsausweis der Kandidaten. Und wenn man diesen betrachtet, dann ist klar, wer zu wählen ist: Roland Fürst. Er hat während 14 Jahren die Gemeinde Gunzgen geführt, er war ebenso erfolgreich als Geschäftsführer und lässt nun als Direktor der Solothurnischen Handelskammer von sich hören. Und neben diesen Aktivitäten hat er noch etwas, was ihn von den anderen Kandidaten abhebt: eine Familie. Zusammengekommen gibt das einen Menschentyp, der als «Chrapfer» zu bezeichnen ist, der aber als Mensch mitten im Leben steht. Roland Fürst ist kein Sprücheklopfer und kein Polemiker. Er ist volksvertrauter Realpolitiker. Solche Leute brauchen wir in Bern.

PETER STALDER, OENSINGEN

## Es trifft die Jungen

In Bern wird zurzeit über die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes beraten. Dabei steht Abbau im Vordergrund. Insbesondere bei jungen Personen sollen die Leistungen massiv gekürzt werden. Die Bürgerlichen gehen bewusst das Risiko ein, dass junge Leute Sozialhilfeempfänger werden. Durch den geplanten Abbau werden die Gemeinden und Kantone stark belastet. Weiter hat die Denkfabrik Avenir Suisse Vorschläge unterbreitet, wie das Rentenalter stufenweise erhöht werden soll. Die heute jungen Leute sollen der-einst bis zum Alter 70 und länger arbeiten. Ich vermute stark, dass die Denkfabrik vergessen hat, bei diesem Vorschlag zu denken. Zu guter Letzt will man den Rentenumwandlungssatz bei den Pensionskassen stark reduzieren. Im März 2010 findet die entsprechende Volksabstimmung statt. Dies hätte zur Folge, dass die Renten massiv gekürzt würden. Kürzlich hat der Bundesrat beschlossen, die BVG-Gelder auch im Jahre 2010 nur mit 2% zu verzinsen. Einige

Tage später konnte man lesen, dass die Pensionskassen in den ersten 9 Monaten des laufenden Jahres auf den Wertpapieren über 10% Gewinn erzielt haben. All die aufgeführten Punkte ist das Resultat der bürgerlichen Mehrheit in Bern. Diese werden allesamt von der SVP, auch von Herrn Borer, unterstützt, teilweise leider auch von der Familienpartei CVP, auch von Herrn Fürst. Es ist Zeit, dass den Stimmbürgern die Augen geöffnet werden. Daher wählt Roberto Zanetti in den Ständerat.

MARKUS STAUFFIGER, DULLIKEN

## Eine starke Vertretung: Zanetti/Büttiker

Unser Land, aber auch unser Kanton steht vor grossen Herausforderungen namentlich im sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Bereich. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Wende noch nicht geschafft. Wir müssen mit einer weiteren Zunahme an Arbeitslosen rechnen. Der Druck auf die Staatsfinanzen wird weiter wachsen. Es leiden vor allem die Umwelt-, Klima- und Verkehrspolitik. Genau in diesen Bereichen braucht es eine starke Vertretung unseres Kantons. Dafür bestens geeignet ist Roberto Zanetti, der sich engagiert und kooperativ für gute Lösungen einsetzt. Als ehemaliger National- und Regierungsrat sowie heutiger Kantonsrat ist er erfahren und kennt sich in diesen Themen bestens aus. Mit Rolf Büttiker ist die bürgerliche Politik unseres Kantons bestens vertreten. Solothurn braucht weiterhin ein ausgeglichenes Team für eine ideale Vertretung der kantonalen Anliegen in Bern.

MARTIN BRUNNER, OENSINGEN

## Zanetti wird wohl kaum richten

Glaubt man der Wahlpropaganda für Zanetti, müsste man meinen, nur er sei der «Heilsbringer» für unseren Kanton. Gräbt man jedoch etwas tiefer, stellt man fest, dass Zanetti während seiner Zeit im eidgenössischen Parlament als Nationalrat schlicht überfordert war und sich dort, nach seinen eigenen Aussagen, nie wohl fühlte. In Umfragen rangierte er immer bei den

«Hinterbänkler». Auch als neu gewählter Kantonsrat blieb Zanetti bis heute auf den hinteren Bänken. Warum sollen dann die Solothurner jemanden wählen, der als Regierungsrat abgewählt (u.a. auch von seinen eigenen Genossen) und mit seinem kurzen Gastspiel in Bern wenig brillierte? Lassen wir doch Zanetti zuerst wieder im Kantonsrat zeigen, was er wirklich kann und entscheiden dann 2012 über seine Kandidatur als Ständerat.

HANS A. RÖLLI, LANGENDORF

## Zanetti ficht mit feiner Klinge

Mehrere Jahre hat Roberto Zanetti in der Politik, sei es auf Gemeinde-, Kantons- oder Bundesebene, bewiesen, dass er mit feiner Klinge fechten kann. Nach seinem Demokratieverständnis ist das Ziel immer eine inhaltlich gute Lösung, die schliesslich auch mach- und finanzierbar ist – zum Wohle aller. Reine Wirtschaftsvertreter braucht der Kanton Solothurn nicht im Stöckli, denn in dieser Beziehung sind wir mit Herrn Büttiker gut vertreten. Dieser Kanton verdient aber auch noch eine andere Stimme. Diese Stimme wusste Aschi Leuenberger immer gut in Bern zu vertreten und wurde auch dementsprechend akzeptiert. Roberto Zanetti kann diese Anliegen als sein Nachfolger sicher gut umsetzen. Sein Wahlkampf zeigt schon, wie er der Vertreter der Bevölkerung ist: Nicht Plakate mit vielen Schlagworten, sondern das Gespräch mit den Leuten auf der Strasse in den Gemeinden und Städten. Er ist für mich die richtige Person für die Zukunft unseres Kantons in Bern.

JEANETTE BROTZER-DINKEL, STARRKIRCH-WIL

## Roland Fürst in den Ständerat

Ich gebe am Wahltag Roland Fürst (CVP) aus Gunzgen meine Stimme, und zwar aus folgenden Gründen: Weil er als Direktor der Solothurner Handelskammer, als Kantonsrat und als Mitglied der kantonsrätlichen Finanzkommission die Sorgen und Probleme der Wirtschaft wie auch der Arbeitneh-

menden bestens kennt. Gerade in der jetzigen schwierigen Wirtschafts- und Finanzsituation, mit vielen Arbeitslosen, ist es äusserst wichtig, eine kompetente und engagierte Persönlichkeit nach Bern zu entsenden.

PETER MEYER, DERENDINGEN

## Die FdP kitzeln

Die Aussage des Kantonalpräsidenten und des Wahlkampfleiters der SVP, das Bürgertum müsse unbedingt gestärkt werden, erstaunt mich sehr. Als Seniorin empfehle ich den erwähnten Personen einmal zu untersuchen, aus welchen Kreisen sich die SVP-Angehörigen rekrutieren. Sie werden dabei feststellen können, dass vor allem unzufriedene FdP- und CVP-Leute, also aus dem so genannten bürgerlichen Lager, den Schalmeien und leeren Versprechungen der SVP-Spitzenleute Folge leisten. Dass sich dazu sogar auch SP-Leute gesellen, macht die Sache nicht besser. Für mich ist Nationalrat Kurt Fluri ein Garant des Bürgertums, der sich nicht scheut, unangenehme, gesellschaftliche Probleme anzupacken. Zur Ständeratswahl Ende November 2009 wähle ich lieber einen Gewerkschafter, als einen Pseudo-Bürgerlichen.

SUSI SCHEIDEGGER-ARN, GERLAFINGEN

## Roland F. Borer ist die richtige Wahl

Den Wählern steht mit Roland F. Borer nicht nur ein Kandidat zur Verfügung, der 18 Jahre mit grossem Erfolg im Nationalrat politisiert hat. Vielmehr hat er in dieser Zeit mit seinen Fachkenntnissen und seiner offenen, konsequenten und kollegialen Art gegenüber allen Ratskollegen erreicht, sich bei bürgerlichen und linken Politikern Respekt zu verschaffen. Auch die SVP-Basis vertraut seit Jahren auf Borer. Dies rührt vor allem daher, weil er nach den Wahlen jeweils das hält, was er auf dem Wahlprospekt versprochen hat. Eine Gabe, die in der Politik leider immer seltener wird. Seine Meinung zählt in Bern. Als Sozial-, Gesundheits- und Sicherheitspolitiker hat er in den vergangenen Jahren bewiesen, dass er für das

bürgerliche Lager ein Meinungsmacher ist. Wenn er im Auftrag der Solothurner Wähler diesen Auftrag in Zukunft für den Stand Solothurn übernehmen wird, so ist das nur gut für unseren Kanton. Zu lange haben sich ein FdP- und ein SP-Vertreter bei Abstimmungen im Stöckli mit einem Ja und einem Nein eliminiert.

STEPHAN FLÜCKIGER, KESTENHOLZ

## Lösungsorientiert und kompetent

Politische Flügelkämpfe haben uns bisher nicht sehr weit gebracht, und wir sollten erkennen, dass die heutige Gesellschaft und Politik komplexer geworden ist. Zu komplex, um alles in Rechts oder Links einteilen zu können. Gefragt ist heute mehrdimensionales und vernetztes Denken. Meine 10-jährige Zusammenarbeit mit Roland Fürst im Gunzger Gemeinderat reflektierend, sind es genau diese Stärken, die den Menschen und Politiker Roland Fürst auszeichnen. Mit Weitsicht und Sachpolitik, weit über die Parteigrenzen hinweg, hat er sich für das Wohl der Gemeinde und Region eingesetzt. Mit dem gleichen Engagement wird sich Roland Fürst in Bern für den Kanton Solothurn einsetzen.

URS RÖTHELI, GUNZGEN

## Echter Unternehmer nach Bern

Seit vielen Jahren muss ich feststellen, wie die classe politique sowie die Wirtschaftsverbände gegen die Interessen der Kleinbetriebe agieren. Kantonalbankdebakel, Mutterschaftsversicherung, Swissair-Rettungsversuch, Unterstützung der UBS, Personenfreizügigkeit, Öko-Autosteuer usw. Für den Ständerat braucht es aus dem Kanton Solothurn eine wirtschaftspolitisch erfahrene Person aus KMU-Kreisen. Bundesbern macht keine Geschenke, die Kantonsanteile müssen von den Ständeräten ausgehandelt, ja sogar erkämpft werden. Aus Sicht der Kleinunternehmer würde Unternehmer Roland Borer den Kanton Solothurn am besten vertreten.

GODI BANGERTER, TSCHOPPACH